

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 12 — Wk. Durch Austräger 80. — Wk. pro Woche Durch die Post 30. — pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspostfach 5-6 Nachm. Produktionsgesellschaft f. d. Provinz Schlessen, c. S. m. b. H., Breslau Postfachkonto Nr. 81059 Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8887

Donnerstag, 16. Novbr. 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gefaltene Millimeterzeile über deren Raum 10. — Wk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 Wk. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Hellamer: Die Millimeterzeile 3 gefaltene über deren Raum im Fert. 30. — Wk.

Rücktritt der Reichsregierung.

Die Arbeiterschaft muß eine Arbeiterregierung bilden.

Der Schacher zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten endete mit dem Rücktritt der Reichsregierung. Die Sozialdemokraten haben es diesmal doch nicht gewagt, die Forderung der Massen nach Freiheit und B.o. nach Kontrolle der Produktion und Bildung einer Arbeiterregierung zu beantworten mit der Bildung der Großen Koalition. Sie wagten es nicht, die Stinnespartei mit aufzunehmen in die Regierung, weil sie dadurch in den Massen an Anhang verloren hätten.

Die SPD-Führer waren bereit, die Stinnespartei offiziell in die Regierung mit aufzunehmen, wenn sich diese Partei für die Stabilisierung der Mark ausgesprochen hätte.

Die Sozialdemokraten haben die Stinnespartei, die an der schlechten Währung Milliarden verdienen, den Sozialdemokraten nicht getan. Und da die SPD nach der Hilferding'schen Devisenverordnung bereits erkannte, daß sich die Mark auf die Weise nicht stabilisieren lasse, benutzten sie diese Gelegenheit, um den offiziellen Eintritt in die große Koalition abzulehnen.

Die bürgerlichen Telegraphenagenturen verbreiten über diese Vorgänge nachstehende Meldungen:

Die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion dauerte über 3 Stunden. Ihr Verlauf war nach dem, was in parlamentarischen Kreisen verlautet, sehr erregt. Mehrere Einzelheiten waren aber noch nicht zu erfahren. Schließlich wurde mit Stimmenmehrheit folgender Beschluß gefaßt:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages lehnt die Erweiterung der Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ab.“

Dem Reichszangler, der noch im Reichstage weilte, wurde dieser Beschluß durch eine sozialdemokratische Abordnung mitgeteilt.

Berlin, 15. November. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion gestern Abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht eintreten werde, hat das Reichskabinett beschlossen, durch den Reichszangler dem Reichspräsidenten seine Demission zu überreichen.

Die bürgerlichen Blätter schreiben schon wieder von einer Umbildung des Kabinetts. So schreibt die „Schlesische Zeitung“:

Bei der Neubildung des Reichskabinetts werden voraussichtlich die Minister Diesbarts, Oröner und Hermes, vielleicht auch Genosse Robert Schmidt nicht mehr in ihre Ämter zurückkehren. Mit Robert Schmidt würde vermutlich auch sein Staatssekretär Genosse Hirsch fallen. In bezug auf Herrn Hermes hat bereits in der Fraktionssitzung des Zentrums am Dienstag eine Auseinandersetzung zwischen Hermes und Dr. Wirth stattgefunden, die, wie es heißt, den in letzter Zeit noch verstärkten Gegensatz der beiden stark habe hervortreten lassen. Jedenfalls soll schon bei den Besprechungen der letzten Tage Dr. Wirth Vorschläge für die Neubesehung des Reichsfinanzministeriums erbeten haben. Der Reichszangler hat auch, wie verlautet, bereits eine Entschädigung für Herrn Dr. Hermes in Aussicht genommen, nämlich den Botenposten in Paris.

Sie teilen demnach also schon wieder das Fell des Bären. Das Proletariat, um dessen Haut es geht, muß ihnen einen Strich durch die Rechnung machen, indem es eine Arbeiterregierung bildet.

In allen Betrieben müssen die Proleten zu der durch den Rücktritt der Reichsregierung geschaffenen Lage Stellung nehmen und darauf dringen, daß die neue Reichsregierung eine Arbeiterregierung sein wird, die sich stützt auf alle Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Heute gegen die kämpfenden Arbeiter überboten die Führer der USPD selbst die Bürgerlichen. In der heutigen Nummer der „Neuen Berliner Zeitung“ schreibt ein Bürgerlicher, Erhard Breiter, folgendes:

„Während man in den Fraktionszimmern des Reichstags über die Zusammenfügung eines Kabinetts herumschlingelt, das für die nächste Zeit Deutschlands Geschicke lenken soll, finden in einer ganzen Reihe von Städten Hungertrabalken statt. Un ihrem Verlauf ist zu merken, daß sie völlig planlos entstehen, keineswegs etwa systematisch geschürt sind, sondern wirklicher, leiser, brennender Not entspringen.“

Die es gewiß unbefangene Urteil trifft das Richtige. Es ist die unerträgliche Not, die die Hungernden zu den Verzweiflungssaktionen treibt. Die Großindustrie provoziert, die Polizei richtet ein Blutbad nach dem anderen an. Arbeiter, die von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen, die Arbeit niederlegen und Streikversammlungen einberufen, werden mit Waffengewalt auseinandergetrieben und massakriert.

Die Klassenbewusste Arbeiterschaft will nicht, daß die Kampfkraft des Proletariats durch Verzweiflungssaktionen geschwächt, daß Teile des Proletariats einzeln von der Bourgeoisie niedergeschlagen werden können. Das Proletariat will den planmäßigen, einheitlichen Abwehrkampf.

Darum sind heute die Kontrollorgane der Arbeiterschaft, die Betriebs- und Gewerkschaften notwendiger als je, sie müssen planlos Einzelaktionen vorbeugen durch einheitliches Vorgehen im ganzen Reich.

Die Blutbäder in Köln und Düsseldorf müssen die gesamte Arbeiterschaft auf den Plan rufen. Ihre Solidarität muß darin bestehen, daß sie überall die Anerkennung der Kontrollausschüsse durch die Behörden, ihre Ausstattung mit weitgehendsten Rechten erzwingt. Nur wenn die Arbeiterschaft in die Lage versetzt wird, die Lebensmittelversorgung und die Preisbildung selbst zu sichern und zu überwachen, können neue Verzweiflungssaktionen verhindert werden.

Kontrolle der Produktion, Betriebsrätekongress und Arbeiterregierung sind das Gebot der Stunde.

Blutbad in Düsseldorf.

Kugeln statt Brot.

Düsseldorf, 14. November.

Während es Montag nachmittags und abends zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Schupo und den auf den Straßen und Plätzen stehenden Streifenenden kam, gab es heute morgen zwischen 10 und 11 Uhr ein ungeheures Blutbad. Der Ortsausbruch der oppositionellen Betriebsräte hatte zu einer Streikversammlung nach der Turnhalle aufgerufen. Zehntausende füllten den Riesenaal und die Galerien. Kaum hatte ein Redner das Wort ergriffen, stürmten Autos voll Schupo heran und mit blauer Waffe, Gummihüpfen und Revolvern hieben die wild gewordenen Bestien in die Menge. In wilder Flucht stürmte alles durch Türen und Fenster auf die Straße. Die auf den Galerien Versammelten konnten wegen der Absperrung nicht herunter. Die Schupo schoß nach oben. Viele Arbeiter kletterten zu den Fenstern heraus und sprangen auf die Straße, wobei sie verschiedentlich Bombenwürfe erlitten. Etwa 20 Verwundete und wahrscheinlich auch einige tote lagen im Saal und auf der Straße umher. Die Lage ist noch nicht zu übersehen. Der Streik in Düsseldorf ist vollkommen. Zurzeit findet bereits eine Kundgebung der freigeordneten Arbeiterbetriebsräte über die zu unternehmenden Schritte statt.

Hungerunruhen im Siegerland.

Siegen, 15. November.

In Dillenburg und dem benachbarten Herborn fanden größere Kundgebungen von Lebensmittel-Ausrüstungsgeheimen statt, an denen sich neben zahlreichen Jugendlichen auch viele Erwachsene beteiligten. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußte eine größere Abteilung der Schutzpolizei aus Siegen herbeigeholt werden. Der in den Geschäften entstandene Schaden ist bedeutend. In vielen Stellen wurde die Schutzpolizei angegriffen. Auch in Gladbach veran-

staltete man Demonstrationen wegen der Steuererhöhung. Dort verlangten die Demonstranten die in den landwirtschaftlichen Lagerhäusern befindlichen Lebensmittelvorräte, die dann unter Aufsicht der Landjäger nach einem benachbarten Hause geschafft und zu einem festgesetzten Preise verteilt wurden.

Die Hungerunruhen in Köln.

Köln, 14. November.

Gestern Abend sollte eine Versammlung, einberufen von den Kontrollausschüssen, stattfinden. Die Versammlung wurde verboten. Da aber keine Benachrichtigung mehr erfolgen konnte, waren große Menschenmassen erschienen. Auch hier zog die Polizei blank und schoß in die Menge. Es gab Tote und Verwundete. Eine genaue Uebersicht ist noch nicht möglich.

Die Meldungen der Schwerindustrie zeigen, daß die Regierung Wirth auf die entsetzliche Not der arbeitenden Bevölkerung nur mit dem Polizeieiseln und dem Schupoarabier antwortet. Der Bezehl Schöffens, die Arbeiter mit Waffengewalt niederzuschlagen, wird von den Organen einer Regierung, in der Sozialdemokraten und Mitglieder des USPD sitzen, mit rücksichtsloser Brutalität in die Tat umgesetzt. Die Polizei schießt in Köln, verbietet Streikversammlungen in Düsseldorf, geht in Dillenburg, Hamborn, Siegen, Gladbach gegen Verzweifelte, Hungernde, mit Waffengewalt vor. Die Regierung trifft keine Maßnahmen, den Hunger einzudämmen, die Provokationen der Unternehmern zu verhindern. Sie kennt nur ein Mittel: Kugeln statt Brot.

Der Vormarsch jasett von kommunistischen und sozialistischen Einflüssen, die dahinter stecken. Die sozialdemokratischen Koalitionsfreunde der Bourgeoisie, sie weisen auf die „rebellischen“ Arbeiter und winken den Koskes und Hörstings. In der niederträchtigen

Der Dollar fällt — die Preise steigen!

Der Wahnsinn der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt, der jede Orientierung auf Grund einer Gesteckungskostenberechnung verloren hat, kommt am besten in den offiziell festgestellten Großhandelspreisen zum Ausdruck. W.F. meldet von den letzten zwei Tagen die Preise in Berlin.

Es wurden gezahlt für ein Pfund am

	7. Nov.	8. Nov.
Getreidegruppen	250 —	355,25 Mk.
Haferkörbe	311,50	321,50
Schmittwädeln	241,50	281,50
Brodereis	284, —	291, —
gerb. Pflanzen	536, —	517, —
Corn obdree pro Riste	6100, —	72500, —
Schmalz	1390, —	1475, —

Die Wirkung auf die Verbraucher wird doppelt fühlbar, da die Kleinändler wohl die Preissteigerung vom 7. zum 8. November mitgemacht haben, aber gar nicht daran denken auch die Preisabschwächung vom 7. zum 8. November zu berücksichtigen.

Wie schnell aber auch die Preise, die von der Behörde kontrolliert oder festgesetzt werden, die Preisprünge des freien Wickers mimmachen, ist daraus zu ersehen, daß ein marktfreies Brot jetzt nicht mehr unter 500 Mk. und ein Liter Milch unter 128 Mk. zu haben sind!

Dabei ist das Ende des Preiswuchers noch gar nicht zu ersehen. Dagegen sinken die Löhne trotz aller „Erhöhungen“ mit jedem Tage.

Das kann erit anders werden, wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten daran gehen, die Kontrolle der Produktion vorzunehmen und eine Arbeiterregierung zu schaffen.

Englische Reaktion gegen Arbeiterkontrolle

Der Kontrollauschuss Groß-Köln der Kölner Kommunisten hat für heute Abend eine Versammlung einberufen, die von der britischen Militärbehörde verboten wurde. Trotz des Verbotes hat sich eine große Menschenmenge vor dem Versammlungsort eingefunden. Die Ansammlungen dauerten in den Abendstunden noch an.

Aufgaben der Kontrollausschüsse und Hausfrauenkommissionen.

Der Kampf um die Kontrolle der Preise, der Produktion und der Verteilung der lebensnotwendigen Gegenstände und die Schaffung bestimmter Organe zur Durchführung dieses Kampfes, die sogenannten Kontrollausschüsse, ist ein bewusster Schritt zum Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaft. Je einheitsvoller und geschlossener die Arbeiterklasse diesen Kampf führt, je mehr sie gewillt ist, alle erforderlichen Opfer in diesem Kampfe zu bringen, desto mehr wird das schwere Werk der Ueberwindung der Wuchererei und Ausbeutung gelingen.

Es hängt aber auch sehr viel von der richtigen Organisation dieses Kampfes, von der richtigen Einstellung jeder Arbeitskraft an ihrem Plage ab. Viel zu wenig waren sich bisher die Proletarier bewusst, welche ungeheure wirtschaftliche Bedeutung sie als Klasse in Händen halten und wie wenig sie es bisher verstanden haben, diese Macht in ihrem Interesse auszunutzen. „Jeder hat nach seinen Fähigkeiten und seiner Stellung im Produktionsprozess den Dienst für die gemeinsame Sache aufzunehmen“, muß es sehr heißen. Die Eisenbahner, durch deren Hände unermeßliche Reichtümer an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zur Beförderung von einem Ort zum andern gehen, sie mühten dafür sorgen, daß die für die Existenz des Proletariats lebensnotwendigen Gegenstände nicht ins Ausland verschoben oder Luxusartikel in großen Mengen eingeführt werden. Die Landarbeiter haben dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft von allen Sabotageversuchen der Agrarier, von dem Bruchliegen von Feldern, von der Verfütterung der Kartoffeln und Milch an das Vieh, von dem vorsätzlichen Verschleudern von Kartoffeln und ihrer Verwendung in Schnapsbrennereien Kenntnis erhält, damit sie Gegenmaßnahmen ergreifen kann. Aber nicht minder wichtig ist die Kontrolle der Kleinhandelspreise, die am besten von den Hausfrauen durchgeführt wird. Hier trifft man den Wucherer in seiner letzten Ausstrahlung, der oft noch ekelhaftere und schlimmere Formen annimmt, als der Wucher der Großhändler. Wer wäre mehr dazu berufen, diese Kontrolltätigkeit auszuüben, als die Hausfrauen, die täglich mit den Händlern und Marktleuten zu tun haben, die durch jahrelange Praxis des Einkaufs eine gewisse Erfahrung in Preisentwicklung und Warenwert gesammelt haben; die auch wie keine andere Kategorie der Arbeiterschaft unmittelbar an ihren Kindern, an sich selbst und an ihren lieben Angehörigen die unheilvollen Wirkungen des Wuchers erleben.

Dies war auch der Grund, daß proletarische Hausfrauen spontan in vielen Städten Deutschlands, wie in Gotha, Mannheim, Kiel, Kontrollausschüsse wählten, die mit dem Magistrat und den Behörden verhandelten, Forderungen aufstellten und sie mit großer Hartnäckigkeit und Energie vor den bürgerlichen Vertretern verteidigten. In Gotha gab diese Bewegung der proletarischen Hausfrauen den Anstoß zur Bildung eines Betriebsratsausschusses, da die Frauen mit sicherem Instinkt fühlten, daß sie ohne die wirksame Unterstützung der Arbeiter in den Betrieben und ohne den gehörigen wirtschaftlichen Druck des Proletariats nichts durchsetzen können.

Die planmäßige Heranziehung der proletarischen Hausfrauen zu dieser Tätigkeit, ihre Schulung als Kontrollorgane des Kleinhandels und ihre ständige Zusammenarbeit mit den Betriebsräten ist eine unbedingte Notwendigkeit für eine umfassende Organisation des proletarischen Klassenkampfes. Die bürgerliche Gesellschaft versteht es ausgezeichnet, die Hausfrauen der besitzenden Klasse zu bestimmten Aufgaben heranzuziehen und ihnen das Gefühl einer gewissen Verantwortung und Mitwirkung an dem kapitalistischen Produktionsprozess zu geben. Die dänischen Fabrikanten z. B. lassen sich die Kontrolle ihrer Basismittel und Zeiten von den Hausfrauen gefallen, um die gepulsten Waren, die mit einem entsprechenden Etikett versehen werden, zu höheren Preisen an die Frauen absetzen zu können. Das arbeitende Volk aber braucht die Kontrolle der Hausfrauen auf den Märkten, um die schlimmsten Auswüchse aufzudecken, Preisstreiberien zu verhindern, für das geschlossene Einschreiten des gesamten Proletariats das Material zu liefern. In den proletarischen Hausfrauen selbst, die bisher dem gesellschaftlichen Produktionsprozess noch fernstehen, wird durch die Uebernahme dieser Aufgabe das Gefühl der Verantwortung für die Aenderung der bisherigen Zustände geweckt, ihr Selbstbewußtsein gehoben. Sie fühlen sich als ein wichtiges Glied der Arbeiterklasse, das in dem schweren Kampf um seine endgültige Befreiung eine notwendige Funktion zu erfüllen hat.

Von diesen Erwägungen ausgehend, hat auch der jährliche Betriebskongress am 12. Oktober in Dresden die Entsendung einer proletarischen Hausfrau in das engere jährliche Betriebsratskomitee beschlossen und die besondere Erörterung eines Hausfrauenkongresses in der nächsten Zeit ins Auge gefaßt, um die Hausfrauen in ganz Sachsen zusammenzufassen und sie für ihre Aufgaben als Kontrollorgane zu schulen. Auch in Thüringen und an der Röhre wurden zu den Betriebsratskongressen Hausfrauen gezogen, ihre Wahl in das engere Bundeskomitee gesichert. Darum muß auch auf dem Reichsbetriebsratskongress eine Vertretung der proletarischen Hausfrauen ausgesandt sein, die am besten dort, wo bereits Kontrollausschüsse bestehen, in großen öffentlichen Hausfrauenversammlungen gewährt werden, denen sie näher von der Lage Bericht zu erstatten hätten. Der Reichsbetriebsratskongress, die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte im Kampfe um die neue Ordnung

der Arbeiterklasse, muß sich zur erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes die Mitwirkung der Millionen proletarischer Hausfrauen, die Unterstützung der Betriebsräte sichern. Die kommunistische Partei wird ihrerseits die Betriebsräte auch durch die Mobilisierung der proletarischen Hausfrauen und Arbeiterinnen in weitgehendstem Maße unterstützen, denn sie ist sich bewußt, daß die aktive Mitwirkung des weiblichen Proletariats eine der ersten Voraussetzungen des Sieges der Arbeiterklasse ist.

Löbe gegen den Achtstundentag.

Zu den zahlreichen sozialdemokratischen Größen, die sich mehr oder weniger scharf für die Aufhebung des Achtstundentages ausgesprochen haben, ist noch ein weiterer hinzugekommen, der Reichstagspräsident Löbe. In einer Wahlversammlung in Leipzig am Tage vor den Landtagswahlen, erklärte Löbe, als er von dem Genossen Böttcher durch präzise Fragen über die Haltung der sozialdemokratischen Führer zum Achtstundentag in die Enge getrieben war, im Schlußwort: „Der Achtstundentag sei aufzuheben, wenn die Mehrarbeit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt.“ Nun, man weiß, was die Führer der SPD unter dem „Interesse der arbeitenden Bevölkerung“ verstehen. Solange das Kapital das Fest in der Hand hat, ist eine Mehrarbeit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung überhaupt undenkbar.

Die bürgerliche Presse hat die Rede des Reichstagspräsidenten denn auch richtig erfaßt. Die „Neue Leipziger Zeitung“ vom 5. November schreibt darüber:

„In seinem Schlußwort sprach Löbe noch über das Problem des Achtstundentages. Bemerkenswerterweise führte er aus, daß die Mehrarbeit unter gewissen Umständen — wenn sie nämlich dem Volksganzen und nicht einzelnen Unternehmern zugute käme — durchaus wieder eingeführt werden könnte.“

Die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer sind im Begriff, den Achtstundentag zu opfern, obgleich der erste Versuch der „Hebung der Arbeitsleistung“, das Ueberstundenabkommen im Bergbau, ihre illusionären Hoffnungen betrogen hat. Hat doch die sozialdemokratische Presse kein Wort der Erwiderung auf den Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. November gefunden, in dem es heißt:

„Und dabei ist ja nicht so, daß die Arbeitnehmer keinesfalls mehr als 8 Stunden arbeiten wollen. Die sozialistischen Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß grundsätzlich am Achtstundentage festzuhalten sei und die anderen Gewerkschaften gesehen ihnen das zu. Aber sie alle stimmen darin überein, daß man in jedem konkreten Falle mit sich reden lassen werde, wenn ihnen nachgewiesen wird, daß Ueberstunden nötig sind und man sich über die Bedingungen, insbesondere auch über die Periode einigt, in der Ueberstunden geleistet werden sollen, werde man sie nicht verweigern.“

Auch Paul Löbe, das Paradepony der Breslauer SPD, steht mit in der Stimmfront gegen den Achtstundentag. Wird er als Paradepony dabei nicht etwas leiden?

Die Breslauer Arbeiter dürfen das Herrn Löbe nicht vergessen. Sie müssen es wohl behalten und ihm bei passender Gelegenheit ihre Antwort darauf geben.

Die Mobilmachung der Faschisten Deutschlands

ihren überall fort. Besonders regen sich die Kräfte der deutschen Konterrevolution auch in der Lausitz und der Neumark. In der gesamten nördlichen Lausitz werden die Reichswehrtruppen zusammengezogen, die auf entlegenen Dörfern um Beishau, Calau, Ludau untergebracht werden. Das Industriegebiet wird eingekreist. Jung-Landbund-Organisationen halten Schießübungen ab. Jung-Bismarck-Gilden sammeln und organisieren sich erneut.

Die Verhaftungen von Kommunisten nehmen anzuwachsen zu. Es wurden u. a. auch der Genosse Heinz und die Genossin Rosenbaum, die auf der Redaktion unseres Bremer Parteiblattes beschäftigt sind, von den bremischen Polizeiherrn, wahrscheinlich auf höheres Kommando, festgenommen. Der Genosse Heinz mußte bald freigelassen werden, doch wurde dafür die Genossin Rosenbaum umso länger festgehalten. Orgeleit und Polizeiterror gegen das Proletariat regieren die Stunde.

Verlogene Hetzettel der Faschisten Bayerns.

Von Seiten der hakenkreuzlerischen Horden Hitlers wurden in München folgende Zettel verteilt:

„Arbeiter! Genossen! Schützt die Hakenkreuzler nicht! Sprengt ihre Versammlungen! Sie bekämpfen das Arbeiterkapital, Wucher- und Schieberwesen, die Volks- und Berufsbeleidigungen und deren Schutzpatron in Regierungen, Parlamenten und den sogenannten Volks- und Arbeiterpartei!“

Diese provokierenden Zettel sollen in ihrem Inhalt den Anstoß erwecken, wie wenn die weißen Faschistengarden Hitlers tatsächlich gegen das Wucherwesen und den Kapitalismus kämpfen. In Wirklichkeit sind sie aber nicht als reaktionäre bezahlte Ausbeutergarden, die Bewahrung in die Arbeiterschaft tragen sollen, um sie dann besser unterdrücken zu können. In diesen Konterrevolutionären Entwürfen sind sich alle mögliche abenteurliche Schichten aus großen Schichten der Gesellschaft — Kampfprouletariat, untergehenden Mittelstand und nationalistische Kleinrentner — zusammen.

Bürgerlich-demokratischer Terror bei den Wahlen in Litauen.

Wie ein bürgerlicher Korrespondent aus Rom meldet, haben die litauischen Wahlen unter dem furchtbaren Terror der Regierungspartei stattgefunden. Durch eine „Wahlgeometrie“ wurde das Wahlergebnis schon im

voraus zugunsten dieser Partei gefälscht. Durch Verlagerungszustand und ähnliche Terrormittel wurde die Beisammensetzungsfreiheit und Agitation der Gegenpartei verhindert. 18 von 22 trotzdem erhaltenen Mandaten der Opposition wurden annulliert. Darunter von den 5 Mandaten der Internationalen Arbeiterpartei 3.

Diese Regierungsmaßnahmen wurden von einer Koalitionsregierung, bestehend aus christlichen Demokraten und Volkssozialisten, mit Unterstützung der litauischen Sozialdemokraten, die sich der Regierungspartei angeschlossen haben, durchgeführt.

Spannung zwischen Sowjetrußland und Polen.

Wie die Warschauer Regierung mitteilt, ist der diplomatische Vertreter Sowjetrußlands in Warschau nach Moskau zurückgekehrt. Gleichzeitig hat die polnische Regierung ihren Beauftragten in Moskau zurückgerufen. Obwohl das offizielle Communiqué nur von Gegenüber rein formeller Natur spricht, dürfte diese Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen einen ernstesten Hintergrund haben.

Die Spannung entstand dadurch, daß Pilsudski sich weigerte, den neuen diplomatischen Vertreter Sowjetrußlands zu empfangen. Er wollte diesen Empfang dem Ministerpräsidenten Nowak überlassen. Dieser Vorfall zeigt, daß Pilsudski seine sowjetrußlandfeindliche Einstellung noch nicht los geworden ist.

Genosse Philips Price Kandidat der „Labour Party“.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Wie wir dem „Gloucester Journal“ entnehmen, ist Philips Price, der Berliner Korrespondent des „Daily Herald“, im gegenwärtigen englischen Wahlkampf als Kandidat der britischen Arbeiterpartei für Gloucester aufgestellt worden.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ weiter mitteilt, sollen die Wahlausichten des Genossen Price sehr günstige sein.

Sowjetrußland erstarbt!

Keine russischen Lokomotivbestellungen mehr in Deutschland. Der Laden aus Deutschland nach Sowjetrußland zurückgekehrte Vorsitzende der russischen Eisenbahnkommission, Prof. Jor Lomonosow, erklärte den Vertretern der Sowjetpresse, daß in den nächsten Tagen die letzte Lokomotive aus Deutschland kommt. Von 700 bestellten Lokomotiven seien schon 589 in Rußland angekommen. Die Bestellungen, die in Schweden gemacht wurden, sind von 1000 Lokomotiven auf 500 gekürzt. Wir werden, sagt Professor Lomonosow, keine Lokomotive mehr im Auslande bestellen. Unsere Industrie ist jetzt in der Lage, selber Lokomotiven zu bauen.

Zum Schluß bemerkte Lomonosow, daß nach Angaben der Nikolajew die schwedischen Lokomotiven für russische Verhältnisse sich besser eignen als die deutschen.

Dieselbe Meldung bringt die Breslauer „Vollswacht“ natürlich kommentarlos. Stillschweigend geht sie darüber hinweg, daß Sowjet-Rußland, der einzige Proletariat der Welt, erstarbt. Ihr ist das eben unangenehm, darum schweigt sie jetzt, um später wieder in bekannter Weise gegen Sowjet-Rußland zu gehen.

Wir begrüßen die Erklärung Sowjet-Rußlands als einen Sieg des gelauten Proletariats über den Kapitalismus.

Großer Bergarbeiterstreik in Belgien.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, sind die Bergarbeiter des Reichs von Charleroi in den Streik getreten. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 18 000. Die dortigen Bergleute hatten schon vor einiger Zeit unter kommunistischer Führung eine Aktion zur Erhöhung ihrer Löhne unternommen.

Reichstag.

Sitzung vom 14. November 1922.

Während sich die Verhandlungen hinter den Kulissen dem Abschluß der großen Koalition näherten, schloß sich die Plenarsitzung des Reichstages ab. Präsident Löbe gedachte zu Beginn der Sitzung des Erdbebenunglücks, das die befreundete philippinische Republik heimgesucht hat und versicherte die Opfer der Feindschaft des deutschen Volkes.

Unter dem Vorzeichen und beantworteten 25 Anfragen sei die Widerrufung auf eine kommunistische Anfrage hervorgerufen, wonach der Reichsbahnpräsident nicht verpflichtet sei, der Regierung Auskunft über seine mit der Bank von England in London getroffenen Abmachungen zu geben. Das Proletariat Deutschlands hat nichts mitzureden, wenn seine Industrie- und Finanzherrscher die Haut der wertigsten Massen verschichern. Graf Westarp brachte gleich mehrere und lange denationalen Beschwerden und Anfragen vor, die sich auf angebliche Ausschreitungen gegen rechtsstehende Kreise bezogen.

Er schob der Regierung die Schuld der Aufhebung durch die Parole „Der Feind steht rechts“ zu, mußte sich aber von einem Regierungsvertreter sagen lassen, daß fast alle in der Anfrage angeführten Fälle durchaus falsch dargestellt seien. Ein Antrag zum Einschreiten gegen die Behörden liege nicht vor. (Sie haben ja auch oft genug gegen ihre eigenen Beihilfungsmächte erbracht!)

Nach Erledigung weiterer Anfragen stellt

Genosse Körner den Antrag, die Regierung möge erklären, was sie gegen die furchtbare Zerstörung unternehmen und ob sie die Verantwortung dafür tragen will. Daß jetzt in Düsseldorf ein blutiges Gemetzel unter hungernden Proletariaten angerichtet wäre, das viel wichtiger als der Kuhhandel über große und kleine Koalitionen.

Auch die Deutschnationalen verlangen von der Regierung eine Erklärung, der Antrag wird aber von der Mehrheit abgelehnt.

Es folgt hierauf der Bericht über den

Schluss eines neuen Reichstagsgeschäftsjahres.

Ihr wesentliches Merkmal ist

Ausschlag der kommunistischen Opposition,

erschöpfende Verschärfung der Disziplinargewalt des Präsidenten, verfassungswidriger Ausschluß von Abgeordneten bis zu 20 Sitzungen bei angeblicher Verletzung der Ordnung und Zurechnung. Von den Mehrheitsparteien und ihren Rednern wurde der Schluss begrüßt, von den Sozialdemokraten sprach der Präsident Löbe sich besonders für die neue Bestimmung aus, wonach die Redezeit im allgemeinen für die Abgeordneten auf 1/2 Stunden beschränkt wird. Für die Deutsche Volkspartei verlangt Abg. Dr. Kahl die Redzeit

im allgemeinen auf eine halbe Stunde herabzusetzen. Dem
nehmen auch die Demokraten zu. Die Deutschnationalen
wollen zwar die Reduzierung und die kleinen Anträge nicht
beschränken, beantragen aber
Einbringung einer bewaffneten Parlamentswache.
Nachdem ein Vertagungsantrag der Kommunisten ab-
gelehnt wurde, erhielt zu Beginn der 7. Abendstunde
Genosse Gishorn
das Wort. Bei Abendung des Verkehrs protestierte er nicht
nur gegen die auf geschäftsmäßigem Wege verübte
Knebelung der Opposition, sondern auch dagegen, daß man sich
am Reichstag über solche Sachen unterhalte, während z. B.
in Düsseldorf die bewaffnete Macht auf das Volk schiese,
daß durch die Not zu Hungerrevolten getrieben werde.
Der Reichstag lasse sich bei den wichtigsten politischen Vor-
gängen ausschalten und der neue Geschäftsordnungsentwurf
sei ein Instrument zur Bergewaltigung der parlamentarischen
Minderheit, was schon daraus hervorgeht, daß fortan für alle
Anträge und parlamentarischen Aktionen mindestens 30
Unterschriften vorgeschrieben werden.

Die Margarine über 1000 Mark.

Nachdem die Butter mit über 1300 Mark bezahlt wird,
gehen sich die Margarinefabrikanten diese Erzwucherer diese
Schritt machen für die Mißplandierung der hungernden pro-
letarischen Massen zur neuen Preiserhöhung veranlaßt. Dar-
über wird gemeldet:

W.S.B. Köln, 10. November.
Nach einer Meldung der „Düsseldorfer Zeitung“ haben
die Niederrheinischen Margarinefabrikanten beschlossen, mit
Wirkung ab Donnerstag, den 9. November den Margarine-
preis infolge der Devisensteigerung so stark zu erhöhen, daß
im Großhandel die billigste Sorte 930 Mark und die beste
Sorte 1105 Mark pro Pfund kostet. Wie das Blatt weiter
zu melden weiß, soll zu diesen Preisen nur ein beschränkter
Teil auf dem Markt kommen.
Die Herren Margarinefabrikanten steigern damit die
Margarinepreise auf das

Fünfhundertfache
der Friedenspreise. Und zu diesem ungeheuerlichen Preis
bringen sie nur wenig Ware auf den Markt, um in ein paar
Tagen neue Minderpreise auf ihre alten Vorratsbestände,
die sie billig eingekauft haben, drausschlagen zu können.

Ein Pfund Kaffee 3150 Mark.

Der Verbraucherpreis für gerösteten Kaffee wird vom
Verein der Kaffee-Großhändler und -Händler, St. Hamburg,
heute offiziell mit 2600 bis 3150 Mf. für das halbe Kilo, je
nach Qualität, notiert.
Wie lange wollen die Arbeiter sich diese Zustände noch
gefallen lassen? Gegen diese unerhörte Auswucherung hilft
nur eines: Kontrolle der Produktion durch die werktätigen
Massen.

Schlesische Rundschau.

Arbeiter! Haltet eure Waffen kampfbereit!

Es gibt kein Entrinnen mehr für den Kapitalismus.
Immer rasender wird das Tempo des Abwärtsgleitens,
immer toller steigen die Preise für alle Produkte. Leute,
die noch vor wenigen Wochen höhrend nach Oesterreich
oder Sowjetrußland wiesen, die noch vor einigen Tagen
glaubten, in Deutschland sei ein wirtschaftlicher
Wiederaufbau möglich, sie müssen heute zu ihrem
Schrecken feststellen, daß Deutschland alles bisher Da-
gewesene in den Schatten stellen wird, wenn es den
angeschlagenen Saft seines Sildmarsches ins Elend,
beibehält, den Saft der ungeheuerlichsten Katastrophe
eines kapitalistischen Staates, die nicht zu vergleichen
ist mit der gewaltigen Naturkatastrophe im Wolgagebiet
Sowjetrußland.

Schon treten aus dem Hintergrund deutlich hervor
die düstersten Elendsbilder, in denen der Arbeiter
die traurigste Rolle spielt: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit,

die besten Gehilfen der Kapitalistenklasse, um eine etwa
aufkommende Geschlossenheit der Arbeiterschaft zu ver-
hindern. Seuerung und Arbeitslosigkeit — zwei Ge-
fahren, die einem großen Teil des Proletariats das
steife Rückgrat brechen. Der reformistisch erzogene Ar-
beiter sucht jetzt auszugleichen und auszuweichen, ob-
wohl es für ihn keinen Ausgleich und Ausweg mehr
gibt, er geht immer mehr rückwärts und stürzt schließ-
lich in den Abgrund, wenn er nicht zum entschlossenen
Kampf vorwärts stürmt. Je länger aber der Arbeiter-
den Kampf hinausschiebt, um so mehr verschlechtert er
seine Position, um so mehr gibt er seinem Gegner die
Möglichkeit zum Siege über die Arbeiterschaft.

Die Kapitalistenklasse weiß genau, wo sie die Ar-
beiterschaft am empfindlichsten treffen kann, sie weiß
genau, daß das einzige Mittel der proletarischen Orga-
nisationen deren Presse ist, die fortwährend mahnt und
warnt. Diese versucht die Kapitalistenklasse in erster
Linie zu beseitigen, und was die wirtschaftliche Notlage
nicht fertig bringt, das sucht sie zu vollenden durch die
Justizhure. Ein Prozeß nach dem anderen wird der
kommunistischen Presse auferlegt, riesige Geldstrafen
werden über den Verlag verhängt, Zeitungen werden
verboten, Redakteure verhaftet und ins Gefängnis ge-
worfen.

Kein Arbeiter sollte im Zweifel sein, daß hier ein
ganz planmäßiger Feldzug eingeleitet hat, daß man ver-
sucht, in erster Linie die Zeitungen des klassenbewußten
Proletariats zu vernichten.

Arbeiter!

Laßt Euch eure Zeitung nicht rauben!
Sie ist das einzige Mittel, das die Massen zum
Kampf gegen ihre Unterdrücker ruft. Unterstützt sie
wie und wo Ihr nur könnt. Die Bourgeoisie bemerkt
mit Schrecken den

Stegeszug der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

Sie sieht, wie sich durch eure Kraft ein modernes
Zeitungsunternehmen entwickelt, das imstande ist, mehr
denn je euer Organ kriegsverwendungsfähig zu machen.
Beteiligt Euch am

kommunistischen Hilfsdienst

und seid bestrebt, daß wir unser Werk vollenden,
bevor uns die Natur daran hindern kann. Erscheint
in Massen, bringt Werkzeuge (Späen, Hammer, Schau-
feln usw.) mit und gesellt Euch zu euren Genossen,
die ein Werk für die Befreiung der gesamten Arbeiter-
klasse schaffen.

Aber bewahrt auch der „Schlesischen Arbeiter-
Zeitung“ die Treue, wenn sie gezwungen ist, sich den
veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen.
Zeigt der Bourgeoisie:

**Noch der kapitalistischen Schandwirtschaft werden die
kommunistischen Zeitungen bestehen bleiben,
wie den Gedankens des Kommunismus nicht
untergeht,**
aber die bürgerlichen Zeitungen werden an ihrer
eigenen Ordnung elend verrecken, wie die ka-
pitalistische Gesellschaft zugrundegeht.

Die letzte Bezirksleitungsjung ließ sich vom Ge-
schäftsführer des Verlags über den Stand des Unter-
nehmens Bericht geben und beschloß nach eingehender
Verhandlung, angeichts der erneuten ungeheuren Seu-
erungswelle, für die 3. und 4. Woche des Monats No-
vember einen Zuschlag von 22,75 Mf. pro Woche

zum Abonnementsgeld zu erheben. Die Bezirksleitung
hofft, daß unsere Abonnenten von der Notwendigkeit der
Zuschlagzahlung überzeugt sind, daß jeder Abonnent
bestrebt ist, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ in jedes
Arbeitsloches zu bringen und für weitest Verbreitung
der kommunistischen Idee Sorge zu tragen. Trotz
Schikane der Behörden, trotz Seuerung, trotz der Ver-
haftung unserer Genossen Kraft müssen alle Genossen
der Bourgeoisie beweisen, daß wir nicht zu beseitigen
sind, denn nicht ein einzelner, sondern
Wir sind die Kraft!

6 Mark Tagesverdienst.

Ausproben der Gefangenen im Breslauer Gefängnis.
Wir erhalten folgende Mitteilung:
Die Gefangenen des Gefängnisses in der Graupenstr.
zu Breslau bekommen, so weit sie Handwerker sind, Arbeit
zugewiesen. Die Schneider, die Besorger den Besatzern die
Kleider aus um. Für diese Arbeit erhalten die Gefangenen
pro Tag 6 Mark als Gehalt. Es ist unerhört, in
welcher Weise die Behörden die Gefangenen ausbeuten.
Sehen die Sozialdemokraten, die in den Behörden einfluß-
reiche Posten belegen, diese Ausbeutung an den Gefan-
genen gut? Warum tun sie nichts dagegen?
Sozialdemokratische Arbeiter, zwingt eure Führer, daß
sie für ein schleuniges Ende dieses verwerflichen Verfalls
sorgen. Denn die Gefangenen, die in der Klammer der behör-
dlichen Ausbeuter stehen, sind eure Klassenbrüder. Webet
auch hier Solidarität!

Gewerkschaftsbewegung.

Streik in Sittersbach.

Die Arbeiter der Sabelschwerdter Streichholz-
fabrikarbeiten befinden sich seit Montag, den 6. No-
vember im Streik. Die Stimmung der streikenden Ar-
beiter, deren Zahl 700 beträgt, ist gut.

Vertreter der freien Gewerkschaften für die Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft Oberschlesiens.

Unter Bruderorgan, die Oberschlesische „Rote Fahne“
meldet:
In der am 10. h. Mts. stattgefundenen Betriebs-
räteversammlung des Knapps Hinderburg, die von Orts-
ausschüß der freien Gewerkschaften einberufen worden war,
gelange nach einem Vortrag der Kollegen Giel, Karger und
Paschka eine Resolution zur Annahme welche in Anbet-
der wirtschaftlichen und politischen Lage in Oberschlesien
die sofortige Bewaffnung der
arbeitenden Masse
fordert. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit
dem Parteipräsidenten Bed (W.S.B.) in Verbindung tre-
ten soll, um alle Wünsche der arbeitenden Klasse in dieser
Hinsicht vorzubringen.
Wir Kommunisten sind bisher ununterbrochen für die Be-
waffnung der organisierten klassenbewußten Arbeiter ein-
getreten und können diesen Beschluß nur begrüßen.
Wenn jetzt, spät, doch nicht zu spät, auch die Vertreter der
freien Gewerkschaften für die Bewaffnung der Arbeiterschaft
eintreten, so ist das eine glänzende Rechtfertigung unserer
bisherige Taktik. Gerade diejenigen, die alles mit der Demo-
kratie machen wollten und uns Kommunisten als „Futur-
narren“ als „Gewalttäter“ vertrieben, sehen sich jetzt
gezwungen das zu tun, was wir seit Jahr und Tag gefordert
haben. Wenn die Führer der SPD nach der November-
revolution nicht die gesamte Macht dem Bürgertum wieder
zu Füßen gelegt hätten, wenn sie die Arbeiterklasse nicht
entwaffnet hätten, dann wäre die Reaktion längst schon
überwunden!

Wie uns gemeldet wird, soll der rechtssozialistische Poli-
zeipräsident Bed zu der Kommission gelangt haben, daß es
jetzt schon zu spät wäre, die Bewaffnung der Arbeiterschaft

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

„Es ist doch richtig, nicht?“ fuhr Pawel fort. „Man lebt
hin, geht wie durch einen Bruch im Walde, sieht mit einem
Male ein Licht und findet keinen Weg, der zu ihm hinführt!“
„Mal, Ija — willst du mit mir kommen? Komm! Ich
recht noch nicht von dir Abschied nehmen.“
„Oratschew erhob sich hastig, zupfte Ija am Ärmel
und sah ihm freudlich ins Gesicht.“
„Ich geh mit“, sagte Ija. „Möchte gleichfalls noch mit
Ija hinplaudern... Die Wahrheit zu sagen, ich weiß noch nicht,
ob ich dir's glauben soll, daß du die Berge gemacht hast.“
„Du glaubst mir nicht? Zur nichts... Wirk ja sehen,
ob ich sie gemacht habe“, sagte Pawel, während sie aus der
Schenke auf die Straße hinausstraten.
„Wenn's deine Berge sind — dann bist du ein ganzer
König!“ rief Ija in aufrichtiger Bewunderung. „Nur freich
weiter! Zeig den Leuten, wie's im Menschenleben wirk-
lich aussieht!“
„Gut gut sein, Bruder — wenn ich's erst richtig gelernt
ist — dann will ich schon schreiben! Die sollen's zu hören
kommen!“
„Recht so! Nimm sie dir ordentlich vor! Sie sollen
wissen.“
„Manchmal denk' ich so im stillen: Ach, ihr!... Ihr
ist satt und warm angezogen — und ich?“
„Ungerecht ist's!“
„Bin ich denn kein Mensch?“
„Alle sind wir gleich!“
„Wer schreibt in solchen Sachen, der ist auch vom
Himmel gesandt — und wer da Lumpen muß tragen, den hat
schon nichts im Magen. Ach, diese Hundstergeschichte!“
„Ob sie Hundstergeschichte sind! Alle miteinander!“
„Sie schritten rasch auf der Straße dahin und fingen
plötzlich bis hastig hingeworfenen, leidenschaftlichen Worte
an, die sie einander zuriefen. Immer erregter wurden sie,
immer näher traten sie einander. Jeder von ihnen empfand
eine tiefe, eheliche Freude darüber, daß der andere ebenso
wie er selbst, und diese Freude hob noch ihre Stim-
mung. Der Schnee, der in großen Floden fiel, zerstreute
ihren gläubigen Gesichtern, setzte sich auf ihren Kleidern
an, hing sich an ihre Stiefel — sie schritten dahin wie in
einer tränenreichen, hergerührt sich zur Erde hefte.
„Ich sehe die Dinge sehr klar!“ rief Pawel voll Beher-
zung.
„So kann man nicht leben!“ pflichtete Ija ihm bei.
„Sollt du das Gymnasium besuchen — dann gilt es als
ein, wenn dein Vater auch die Wasserwerke gefahren hat.“

„So ist's auch. Und was kann ich dafür, daß ich nicht im
Gymnasium war? He?“
„Für jene ist die Wissenschaft, und für mich — ein
Quart!“ rief Oratschew voll Ingrimm. „Na wartet!“
„Zum Teufel auch!“ schalt Ija, der eben in eine tiefe
Schwermut getreten war.
„Halt dich mehr links.“
„Wohin gehen wir denn eigentlich, zum Henter?“
„Zur Sidoricha.“
„Wohin?“
„Zur Sidoricha... Kennst du sie nicht?“
„A — ein...“ sagte Ija nach kurzem Schweigen, und nach
zwei, drei Schritten fuhr er fort: „Kurz sind die Wege nicht,
die wir gehen.“
„Ach“, sagte Pawel leise — „ich muß eben hin... hab
da zu tun.“
„Ich sag ja weiter nichts... Selbstverständlich geh' ich
mit.“
„Ich will dir's erzählen, Ija... wenn mir's auch
bitter ist, davon zu reden...“
„Er sprach hastig aus und schwieg eine Weile.“
„Was ist denn?“ fragte Pawel, die Ohren spitzend.
„Stehst du?“ begann Pawel zögernd, es ist da
nämlich ein Mädchen... Na, du wirst sie ja sehen...
Das Herz kann sie einem Versengen!... Sie war ein-
mädchen bei dem Arzte, der mich kuriert hat. Ich holte mit
Bücher bei ihm... Damals, wie es schon besser mit mir
ging... Na, man kann eben, sah in der Küche und wartete.
Und da war sie nun... hüpfte wie ein Eichhörnchen umher
und lacht. Mir war zumute wie dem Hölzchen am Feuer.
Na — wir wurden einig... sehr rasch ging's, ohne viel
Worte. Ach war das ein Glück... wie wenn der Himmel
zu uns herabgekommen wäre. Wie die Feder ins Feuer
so zog ich auf sie zu... Wir küßten uns, daß die Lippen
uns wund waren — ach! So sauber und süßlich war sie
wie ein Spielzeug. Schloß ich sie in die Arme, so war's,
als ob sie perkywandel! Wie ein Vögchen war sie mir ins
Herz geflogen und sang und sang dort...“
„Er schämte, und sah seltsamer Vant, wie ein Schluchzen,
kam aus seinem Munde.“
„Und weiter was?“ fragte Ija, von jener Erzählung
hingerissen.
„Die Frau des Doktors übernahmte uns... hol sie der
Dankel! War auch ein hübsches Meisbild, und hatte früher
so freundlich mit mir gesprochen... Na, es gab natürlich
eine Mordebestrafung. Wierka wurde weggeführt und ich mit
ihm. Und ausgeharrt haben sie uns beide — schenkt
sag ich dir!... Wierka blieb bei mir... Ich hatte gerade
keine Stelle, und wir litten Hunger, verkauften alles bis zum

letzten Faden... Aber Wierka ist ein Mädel von Charakter.
Sie ließ fort, blieb vierzehn Tage lang weg und kam dann
wieder... Gepuht wie re Modedame... hatte Arm-
bänder an... und Geld in der Tasche...
„Pa'cha trübschte mit den Zähnen und sagte düster:
„Ich hab' sie durchgeprügelt, ganz gehörig...“
„Ist sie dir wegzelaufen?“ fragte Ija.
„A — nein!... Wäre sie von mir gegangen, ich hätte
mich ins Wasser gestürzt... Schlag mich meinetwegen tot,
sagte sie — aber rühr mich nicht an! Ich weiß, daß ich dir
zur Last bin... Meines Seele, sagt sie, soll keiner haben.“
„Und was tust du nun?“
„Was ich tat? Ich schlug sie noch einmal... und
weinte. Was hat' ich sonst tun sollen? Ernähren konnt'
ich sie doch nicht...“
„Warum nahm sie denn keine neue Stelle an?“
„Der Teufel mag es wissen! Sie meinte — es wär'
so besser. Wenn Kinder kämen — was sollten wir mit
ihnen anfangen... Und so...“
„Ija lachte kaum eine Weile nach und sagte: „Ein ver-
ständiges Mädchen.“
„Pa'cha ging schweigend ein paar Schritte voraus. Dann
wandte er sich um, blieb vor Ija stehen und sprach mit
dumpler, zitternder Stimme:
„Wenn ich so dran denke, daß andere sie küssen, dann
ist mir's als ob heißes Blut durch meine Glieder strömt.“
„Warum läßt du sie nicht laufen?“
„Sie laufen lassen?“ rief Pawel höchst erstaunt.
„Ija begriff sofort kein Erkennen, als er das Mädchen
gesehen hatte.“
„Sie kamen an die Peripherie der Stadt zu einem ein-
stöckigen Hause. Seine sechs Fenster waren mit dicken
Käden verschlossen, und das gab dem Hause das Aus-
sehen eines langgestreckten alten Speichers. Der feuchte,
weiße Schnee flehte an Dach und Wänden, wie wenn er dieses
Haus verbergen oder erlösen wollte.“
„Pa'cha klopfte ans Tor und sagte:
„Hier haben sie ihre besondere Einrichtung. Die Sidoricha
gibt ihren Mädchen Quartier und Kost und nimmt dafür
fasten Rubel von jeder... Sie hat im ganzen nur vier
Mädchen... Natürlich hält sie auch Wein, Bier, Konfekt
— und was sonst nötig ist. Im übrigen läßt sie ihre
Mädchen machen, was sie wollen. Willst du — so geh aus, und
nimm dir nicht... so bleib zu Hause, nur zahl dein halbes
Hundert monatlich... Es sind prächtige Mädchen... sie
verdienen ihr Geld mit Beiligkeit... Eine darunter,
Anpiada, nimmt nie unter vier Rubel...“

(Fortsetzung folgt.)

vorzunehmen, weil man dadurch die Reaktion provozieren würde.

Wir trauten unseren Ohren nicht, als wir dies hörten. Es dürfte doch jedem Massenbewußten Proleten bekannt sein, daß es gerade die Reaktion ist, die seit Jahr und Tag provoziert.

Soll ein jämmerlich-feiges Zurückweichen vor der Reaktion für die Arbeiter die schlimmsten Forderungen nach sich ziehen.

Wer den Arbeitern vorredet, daß es jetzt schon zu spät wäre, eine Bewaffnung der Arbeiterschaft vorzunehmen, begeht ein Verbrechen an dem Proletariat, weil er es vor einer notwendigen Tat zurückhalten will.

Sollte es wahr sein, daß sich so geduldet hat, so ist es höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft ihre Sache selbst in die Hand nimmt, die am Sozialisten und der Reaktion zu verfechten geht, daß sie nicht gewillt ist, die reaktionäre kapitalistische Gefahr nach größer werden zu lassen, als sie schon ist.

Die Arbeiterschaft muß sich bewaffnen, wenn sie nicht unterliegen will. Wenn sie geschlossen und obendrein bewaffnet aufmarschiert, dann werden sich all die Reaktionsäre ebenso verhalten, wie sie sich verhalten haben im Jahre 1918, nach dem Erzbergermord und nach der Ermordung Rathenows.

Es wird der Arbeiterschaft ein Leichtes sein, die Reaktionsäre aus den Schützengründen herauszuholen — und mit ihnen ein für alle Mal abzurechnen.

Textilarbeiter-Verammlung in Langenbielau.

Am Donnerstag, den 2. November, fand in Dittersbach eine Mitgliederversammlung vom Deutschen Textilarbeiterverband statt. Unter Punkt 1 gab der Hauptkassierer Schulz den Kassensbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Alsdann wurden die Namen der verstorbenen Kollegen verlesen. Zu Ehren derselben erhoben sich alle Anwesenden von den Plätzen. Zu Punkt 2: Rückblick auf unsere letzten Lohnbewegungen und Stellungnahme zum weiteren Verfall der Mark. nahm Geschäftsführer Lang das Wort. Er führte unter anderem folgendes aus: Die Verhandlung wäre immer bestritten gewesen, die Löhne aufwärts zu setzen, jedoch trage der Weltkrieg die größte Schuld daran, daß wir immer mehr verelenden. Durch immer neue Tarifverträge wäre es dem DGB möglich gewesen, die Löhne auf eine annehmbare Basis zu heben und wir als Textilarbeiter wären verschiedenen anderen Berufsgruppen ein Stück voraus. Auch ihn bekräftigt die heutige Entlohnung nicht, jedoch müßten wir uns den heutigen Verhältnissen unterordnen. Zur Begründung, daß unsere Löhne doch genug wären, führt Lang ein Beispiel (Klein Fr. Glas) an. Dort hat ein Arbeiter immer, die in einem Verband nicht angehören, vor 4 Wochen bei 10 stündiger Arbeitszeit 200 Mk. Wochenlohn verdient.

Hierauf entpaukte sich eine lebhafte Diskussion. Unter anderem ging Reichel auf die jetzige Steuerung ein. In dem Monat Oktober ist die Butter um 164, Reis 180, Kohle 100, Kartoffeln 150, Markenbrot 300 und Fleisch um 110 Prozent gestiegen. Demgegenüber sollen die Unternehmer ab 1. November 52 und ab 15. November 75 Prozent auf die Löhne zahlen.

Lang erwiderte darauf, daß auch in den Siegerstaaten großes Elend herrsche. Er verweist besonders auf Italien. Auch glaubt Lang annehmen zu müssen, daß gerade heute in der Reichsammlung sich Elemente eingeschlichen hätten, die etwas für sich heraus holen wollen.

Punkt 3. Stellungnahme zum 9. November. Mehrere Diskussionsredner stellten sich zum 9. November, 9. November feiern sollen oder nicht. Kollege Schmidt erwartet vom DGB, die Parole für den 9. November und siehe da, das Mitteilungsblatt vom DGB war auf einmal zur Stelle. Es sollen nur abends Versammlungen stattfinden. Kommentar überflüssig. Punkt 4. Reichsbescheid. Kollege Reichel bringt einen Antrag ein wegen Stellungnahme zum Reichsbescheid über die Arbeitslosenversicherung. Lang brüht sich heiß, arbeitet mit allen Mitteln dagegen.

Kollege Günther vom Vorstand spricht für den Reichsbetriebsrätekongress. Er führt unter anderem folgendes aus: Eine Frau kommt in den Konsum und verlangt 2 Pfund Margarine. Als sie den Preis hört, fällt sie hin und wird ohnmächtig, weil sie 900 Mark bezahlen soll, jedoch als Landarbeiterin nicht mal so viel in einer Woche verdient. Bei der Abstimmung erhebt ein großer Tumult und Lang erhebt beim Abstimmen beide Hände hoch, um die Kommunisten lächerlich zu machen, jedoch fällt er sich als Landtagsabgeordneter ein großes Ansehen ein.

Auch die es Beispiel zeigt, wie die Gewerkschaftsführer als Geiseln der Bourgeoisie der Betriebsrätekongress funktionieren. Das muß für die Arbeiter ein besonderer Ansporn sein, den Betriebsrätekongress mit allen Mitteln durchzusetzen. Denn von ihm hängt es ab, ob die Arbeiter der Forderung Herr werden.

Betriebsrätelegung in der Pfalz.

Die bedeutende hiesige Maschinen- und Fahrradfabrik vorm. Gebr. Kiper hat den Betriebsrat geschlossen und die Arbeiterschaft entlassen.

Kurzweiligkeit.

Auf 12 Stunden Arbeitslohn ist in der Maschinenfabrik die Arbeitszeit verlängert worden. Geplant ist eine weitere Erhöhung auf 24 Stunden. Niedrige Löhne, verlorene Arbeitszeit oder Arbeitslosigkeit, das ist der Segen der kapitalistischen Sozialismus- und Arbeitergemeinschaftspolitik.

Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

Schwerathletik.

Die Bezirksvereine in Gemüßheim und Ringen nahmen am Sonntag, den 12. November, ihren Fortgang in der Jahreshalle. Zahlreiche Zuschauer folgten mit großem Interesse. Vor allem den hier durchgeführten Ringkämpfen. Im Gemüßheim wurden im Passiv- und Federgewicht sehr gute Leistungen gezeigt. Folgende Sportgenossen gingen in den einzelnen Klassen als Sieger hervor:

- Gewicht 55 kg. Passivgewicht:** 1. Kurt Schür, 63, R. 2. Kurt Schür, 63, R. beide Jährl.
- Federgewicht:** 1. Ernst Bergalla, 65, R. Jährl. 2. Ernst Jährl, 65, Jährl. 3. Ernst Jährl, 65, Jährl.
- Schwergewicht:** 1. Kurt Schür, 63, R. 2. Kurt Schür, 63, R.
- Ring:** 1. Kurt Schür, 63, R. 2. Kurt Schür, 63, R. 3. Kurt Schür, 63, R. 4. Kurt Schür, 63, R. 5. Kurt Schür, 63, R. 6. Kurt Schür, 63, R. 7. Kurt Schür, 63, R. 8. Kurt Schür, 63, R. 9. Kurt Schür, 63, R. 10. Kurt Schür, 63, R. 11. Kurt Schür, 63, R. 12. Kurt Schür, 63, R.

Reisendeschreiben.

Auf Donnerstag, den 16. November, abends 7 Uhr, bei Kurt, Jährl, 65, R. 1. Kurt Schür, 63, R. 2. Kurt Schür, 63, R. 3. Kurt Schür, 63, R. 4. Kurt Schür, 63, R. 5. Kurt Schür, 63, R. 6. Kurt Schür, 63, R. 7. Kurt Schür, 63, R. 8. Kurt Schür, 63, R. 9. Kurt Schür, 63, R. 10. Kurt Schür, 63, R. 11. Kurt Schür, 63, R. 12. Kurt Schür, 63, R.

Polales.

Die neuen Postgebühren.

Wendeposttag am 15. November.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 15. November 1922 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr und vom 1. Dezember 1922 bzw. 1. Januar 1923 an im Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind nach amtlicher Mitteilung folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 3 Mark, im Fernverkehr 5 Mark; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Mark, über 20 bis 100 Gramm 8 Mark, über 100 bis 250 Gramm 12 Mark; Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Mark, über 20 bis 100 Gramm 16 Mark, über 100 bis 250 Gramm 20 Mark.

Druckfachen bis 25 Gramm 2 Mark, über 25 bis 50 Gramm 3 Mark, über 50 bis 100 Gramm 6 Mark, über 100 bis 250 Gramm 12 Mark, über 250 bis 500 Gramm 18 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 Mark. Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Pflichtenformeln mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind, 2 Mark. Geschäftsbriefe und Mitteilungen bis 250 Gramm 12 Mark, über 250 bis 500 Gramm 16 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 Mark. Warenproben bis 250 Gramm 12 Mark, über 250 bis 500 Gramm 16 Mark. Päckchen bis 1 Kilogramm 24 Mark.

Pakete	Station	Fernzone
bis 5 kg	60 Mk.	120 Mk.
über 5 — 6 kg	72 Mk.	144 Mk.
6 — 7 kg	84 Mk.	168 Mk.
7 — 8 kg	96 Mk.	192 Mk.
8 — 9 kg	108 Mk.	216 Mk.
9 — 10 kg	120 Mk.	240 Mk.
10 — 11 kg	144 Mk.	288 Mk.
11 — 12 kg	168 Mk.	336 Mk.
12 — 13 kg	192 Mk.	384 Mk.
13 — 14 kg	216 Mk.	432 Mk.
14 — 15 kg	240 Mk.	480 Mk.
15 — 16 kg	264 Mk.	528 Mk.
16 — 17 kg	288 Mk.	576 Mk.
17 — 18 kg	312 Mk.	624 Mk.
18 — 19 kg	336 Mk.	672 Mk.
19 — 20 kg	360 Mk.	720 Mk.

Zeitungsapakete bis 5 Kilogramm 30 Mk., Fernzone 60 Mk. Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, diese beträgt für je 1000 Mark 6 Mark, mindestens bei einer Sendung 10 Mark.

Postanweisungen	bis 50 Mk.	60 Mk.
über 50 Mk.	200 Mk.	200 Mk.
200 Mk.	500 Mk.	500 Mk.
500 Mk.	1000 Mk.	1000 Mk.
1000 Mk.	2000 Mk.	2000 Mk.
2000 Mk.	5000 Mk.	5000 Mk.
5000 Mk.	10000 Mk.	10000 Mk.

Die Einschreibgebühr ist auf 8 Mark, die Vorkaufgebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 6 Mark festgesetzt. Für die Einschreibung sind bei Vorauszahlung bei 15 Mk., nach dem Landbestellbezirk 45 Mark; für ein zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestell-Paket 30 Mark, beziehungswise 60 Mark.

Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 50 Mark einschließlich, 3 Mark, über 50 bis 200 Mark einschließlich, 5 Mark, über 200 bis 500 Mark einschließlich, 8 Mark, über 500 bis 1000 Mark einschließlich, 10 Mark, über 1000 bis 2000 Mark einschließlich, 12 Mark, über 2000 bis 5000 Mark einschließlich, 15 Mark, über 5000 bis 20000 Mark einschließlich, 20 Mark, für jede weitere 10000 Mark oder einen Teil dieser Summe mehr 10 Mark; für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 50 Mark für eine Zahlkarte. Ferntelegramme: Grundgebühr 20 Mark und außerdem für jedes Wort 10 Mark. Ortstelegramme: Grundgebühr 10 Mark und außerdem für jedes Wort 5 Mk. Die Fernsprechnachrichten betragen ab 1. Dezember für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle aus 350 Mark. Für die Benutzung der Fernleitungen ist vom 1. Dezember 1922 an zu zahlen: Für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer bei einer Entfernung:

bis 5 Kilometer einschließlich	3,50 Mk.
von mehr als 5 — 15 Kilometern einschließlich	10,50 Mk.
15 — 25	17,50 Mk.
25 — 50	28,50 Mk.
50 — 100	42,50 Mk.

Mehr 100 Kilometer für jede angefangenen weiteren 100 Kilometer 21 Mark mehr.

Weltliche Schulen zu Osnabrück.

Was wird gelehrt? Eltern! Auch warten Tausende von Kindern auf die Eingeklung. Demnach sollen auch die Kinder der anderen Stadtteile angemeldet werden. Das Nähere wird in den fünf Verhandlungen am 11., 12., 13. und 23. November und in der Zeitung bekannt gemacht. Die Behörden haben zu Osnabrück jedes volle System bewilligt. Schwierigkeiten können also nicht entstehen. Auch der Herr Minister hat nichts gegen die Errichtung von Weltlichen Schulen zu Osnabrück einzuwenden. Die unbedingtesten und unerschütterlichen Parteien der Gegner können nicht. Das „religionslos“ ist kein keine Reformationsbewegung für machen. Unsere Schulen sind „bekehrter“. Das ist die Soberanz auch der meisten deutschen Lehrer. Gerade diese stehen zur Zeit im Kampfe gegen die orthodoxe Richtung und lehnen jede Bevormundung von Seiten der Kirche ab. Solten wir warten bis zum Reichstagsgebäude — dann — Hoffen und Herren macht manchen zum Beten.

Eltern, auf zur Tat! Seid nicht ängstlich. Fortwärts in unsere Osnabrück! Die Gründe der Freiheit schlägt. Auf in die Verhandlungen. Niemand darf fehlen. Unsere Kinder sind unsere Zukunft.

NeinStadt OS.

Offentliche SPD-Versammlung. Am 8. November fand die erste Versammlung der SPD statt, welche im Gegensatz zu den anderen Parteien sehr gut besucht war. Bis auf den letzten Platz war der große Saal gefüllt. Große Hesselbarte bestand es in keiner dreißigjährigen Rede ausgeführt, den Takteten nach den Sozialdemokraten die hiesige Bewegung zu lagern, so daß sich kein Eifer spruch fand. Mit partei den Worten erklärte er das Elend der Arbeiterschaft und zeigte, daß die Gewerkschaften dem Sozialismus entgegenstehen werden müssen, während sich das Kapital häusert. Dies zeigt sich deutlich dadurch, daß wir heute nur höhere Löhne und großen Reichtum haben. Ein Ausweg aus diesem Elend ist die sozialistische Kontrolle und Arbeiterregierung. Am Ende der hervorragenden Rede machte sich kein Gegner zu Wort. Eine Gegenrede ergab einen großen Betrag. Jeder Besucher mußte die Übergangung mit sich bringen, was die Hitze noch so groß sein gegen die Kommunisten, so sind nur die Vertreter der Arbeiterschaft. B.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Freitag, den 17. November, kommen folgende Genossen zum Einsatz: Gustav Engel, Bruno Lorenz, Otto Schumann, Kurt Reimann, Adolf Schaeffer, Emil, Heinrich, Hermann, Wilhelm, Hubert.

Alle Ortsgruppenleitungen des Waldenburger Revier

werden nochmals ausdrücklich auf die am Sonntag, den 19. November, vormittags 9 Uhr im „Kreuz“ im Altwasser stattfindende Bauarbeiterfraktionsversammlung aufmerksam gemacht. Jeder Bauarbeiter muß unbedingt anwesend sein. Näheres siehe Versammlungsangabe.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 888. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Oelßner.

Agitationskreis Breslau.

Montag, den 20. November, abends 7 Uhr, im Parteibüro äußerst wichtige Frauenmitgliederversammlung. Alle Genossinnen sind verpflichtet zu erscheinen.

Distrikt 7/8. Donnerstag, den 16. November, abds. 7 1/2 Uhr, „Offener Distriktsabend“ im Restaurant zur Stadt Waterloo, Oelsnerstraße 8. Genosse Dittmar spricht über das Thema: „Religion und Kommunismus“. Sympathisierende und Leser der K. P. D. herzlich willkommen.

Bezirk 2/3. Am Freitag, den 17. November, abds. 7 1/2 Uhr, finden in den Distrikten 2, 3, 4 und 5 offene Distrikts- und Jahlabende statt, und zwar: die Distrikte 2 und 4 bei Müller, Altenstraße 62, Distrikt 3 bei Müller, Berlinerstraße und Distrikt 5 bei Bräuer, Böhlenstraße 30. Sympathisierende und Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ herzlich willkommen. Persönliches Erscheinen notwendig.

Distrikt 6. Am Freitag, den 17. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Mühlhagen, Kopsplatz 18, wichtiger Distriktsabend. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Distrikt 13. Freitag, den 17. November, Distriktsversammlung, Kopsplatz 26.

Distrikt 9. Gellhornstraße 21, außerordentliche Distriktsversammlung, Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr. Fernrent anwesend.

Agitationskreis Langenbielau.

D. Pettau II. Sonnabend, den 18. November, abends 7 Uhr, Gasthaus zum Schwarzen Bär, öffentl. Volksversammlung.

Peterswaldau. Am Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus Klette, Mittel Peterswaldau, eine offene Mitgliederversammlung statt. Jeder Genosse muß ein offenes Mitglied mitbringen. — Kongreßmarken sind abzurufen. Die Wahllisten für OS, ob gezeichnet oder nicht, sind anzuliefern.

Agitationskreis Oppeln.

Oppeln. Die Genossen im Landkreis, die noch nicht mit Flugblättern und Stimmzetteln versehen, fordern dieselben sofort von Genossen Libor, Oppeln, Fuhstraße 1, an.

Agitationskreis Oslau.

Oslau. Freitag, den 17. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Schmidt, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Agitationskreis Waldenburg.

Unteres Revier. Abteilung! Waldenburger Bauarbeiter u. d. Zimmerer. Fraktionsversammlung am Sonntag, den 19. November, im Kreuz im Altwasser, vormittags 9 Uhr. Wichtige Tagesordnung, jeder Genosse sofort erlich.

Altwasser. Freitag, den 17. November, abends 7 Uhr, Zusammenkunft der kommunistischen Frauen bei Genosse Pögel, Poststraße 8.

Kommunistische Jugend.

Bezirksleitung: Max Glaser, Breslau, Nikolaustr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 45 Max Glaser.

Agitationskreis Breslau.

Freitag, den 17. November, abends 7 Uhr, im Minoritenhof 3, Funktionärsversammlung. Per außerordentlich wichtiger Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Funktionärs zu erscheinen.

Sonnabend, den 18. November, abds. 7 Uhr, findet im Parteibüro eine wichtige Abteilungsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen(in) zu erscheinen.

Agitationskreis Waldenburg.

Waldenburg-Dittersbach. Sonnabend, den 17. November, abends 8 Uhr, Arbeitsgemeinschaftsabend. — Gleichzeitig treffen sich alle Mandolinspieler, um zu üben zur Winterjohannnenwende.

Sonntag, den 18. November, nachm. 1/2 2 Uhr, Kreisleitungsversammlung im Heim.

Sonntag, den 18. November, Unterhaltungsabend im Heim. Gleichzeitig Lesen der Theaterstücke zur Winterjohannnenwende. Mittwoch, den 21. November, Vortrag über: Karl Marx Lehrer und Arbeiter. — Um 9 Uhr Ortsleitungsversammlung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartig; Inserate Max Glaser. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Kattowitz in Breslau.

Weltausstellung.

Prinzessin Olala

Freitag 7 1/2 Uhr. Ein Walzertraum. Musik. Die Tanzgräfin.

Anzüge

zu höchsten Tagespreisen. E. Beyer, Bismarckstr. 15, II.

Weltmarkt-Preise

für Almetalle zahlt Metallschmelzerei Otto Glück

Einkaufsstelle nur Friedrich-Karlstr. 5 im Hofe rechts.

Geöffnet von 9—12 Uhr und 2—6 Uhr.

Soeben neu erschienen:

Das freie Land!

Kommunistischer Bauern-Kalender für das Jahr 1923

mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender

Preis 100. — Mark

Zu beziehen durch die

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz

Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistr. 49/50